

ständigen, um die revanchistische, friedensgefährdende Politik des westdeutschen Militarismus und Neonazismus zurückzudrängen.

*Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war und ist auch künftig bereit, in sachlichen, gleichberechtigten Verhandlungen mit der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik Wege zu einer Entspannung, zu Abrüstung und zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu suchen und zu beschreiten. Die Verhandlungen könnten im Sitz der Regierungen in Berlin und Bonn stattfinden.*

Die unserem Parteitag vorliegende Bonner Regierungserklärung sowie das Schreiben des Parteivorstandes der SPD geben jedoch mit keinem Wort zu erkennen, daß die annexionistische Alleinvertretungsanmaßung der Bundesrepublik aufgegeben wird. Diese einer potentiellen Kriegserklärung gegen die Deutsche Demokratische Republik gleichkommende Anmaßung ist das entscheidende Hindernis für normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Die Regierung Kiesinger/Strauß erklärt zwar, es sollen für die Beziehungen keine Vorbedingungen gestellt werden. Die westdeutsche Regierung stellt jedoch die schärfste Vorbedingung: ihre völkerrechtswidrige Alleinvertretungsanmaßung über die Deutsche Demokratische Republik und über alle Deutschen.

Wenn die Bonner Regierung von Menschlichkeit spricht, so wäre es doch das Nächstliegendste, daß sie wirkliche Menschlichkeit gegenüber den Arbeitslosen und Kurzarbeitern in Westdeutschland üben würde, daß sie menschlich handeln und nicht die Milliarden Rüstungslasten auf die Werktätigen abwälzen, daß sie auf die unmenschlichen Notstandsgesetze und auf die atomare Rüstung verzichten und aufhören würde, das Gift des Militarismus und Antikommunismus zu verbreiten. Möge die Bonner Regierung ihre Menschlichkeit unter Beweis stellen, indem sie die Verfolgung der Friedenskräfte in Westdeutschland einstellt!

Sogar die elementarsten Grundsätze der Beziehungen zwischen staatlichen oder gesellschaftlichen Organen werden von den herrschenden Kreisen mißachtet, indem sie in allen internationalen Institutionen gegen die gleichberechtigte Teilnahme der Vertreter beider deutscher Staaten Stellung nehmen. Sogar das Allied Travel Office der drei westlichen Besatzungsmächte in Westberlin beeinflussen sie, um Auslandsreisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern. Wie kann die Regierung in Bonn von der Regelung des Telefonverkehrs sprechen, wo sie ministerielle Vereinbarungen über solche Fragen ablehnt? Solange die Bonner Regierung die Alleinvertretungsanmaßung erhebt und den Grauen